

Am Sonntagmorgen stellte Judith Fröhlich ein Kapitel ihrer gerade fertig gestellten Dissertation zu Schriftlichkeit und Mündlichkeit im vormodernen Japan vor. Am Beispiel von gut dokumentierten, langwierigen Streitigkeiten um Besitzansprüche des Kongôbuji, eines Tempels auf dem Koyasan, ging sie der Frage nach, welchen Stellenwert einerseits die schriftlichen Dokumente und andererseits ihre mündliche Präsentation im Rechtsstreit hatten. An die Vorstellung dieser methodisch kniffligen Aufgabe schloss sich eine Diskussion über die Nachvollziehbarkeit mündlicher Kommunikation in uns nur schriftlich vorliegendem Quellenmaterial an. Thematisiert wurden dabei vor allem verschiedene Sprachformen der vorliegenden Quellen, die teilweise protokollartigen Charakter haben oder in einer so schriftsprachlichen Form vorliegen, dass sie bei der Lesung vor Gericht explizit weiterer mündlicher Erläuterung bedurften. Die schriftlich vorliegenden Quellen machen so ein Nebeneinander von Schriftlichkeit und ihrer mündlichen Performanz sowie die Rolle von Vermittlern – d.h. Schreibern und des Lesens kundigen Vorträgern von Schriftstücken – unabdingbar.

Das Treffen endete mit einer kurzen Vorstellung laufender Arbeiten und Projekte, das nächste Treffen der Initiative zur historischen Japanforschung findet am 6. und 7. November 2004 in Bonn statt (Kontakt: Anneli Wallentowitz: wallentowitz@uni-bonn.de und Tino Schölz: schoelz@japanologie.uni-halle.de)

Anke Scherer

Die "Scaling Up Poverty Reduction"-Konferenz der Weltbank in Shanghai

Shanghai, 25.-27.5.2004

Die vom 25. bis 27. Mai 2004 in Shanghai durchgeführte Konferenz zu "Scaling Up Poverty Reduction" diente den beiden Veranstaltern, der Weltbank und der chinesischen Regierung, als internationale Plattform zur Darstellung ihres Engagements und ihrer Erfolge bei der Armutsreduzierung. Zwei Tage lang wurden die Ergebnisse einer fast einjährigen Vorbereitungsphase mit 100 Fallstudien, einer Vielzahl von Vor-Ort-Besuchen, Videokonferenzen und Roundtables von rd. 1.000 Teilnehmern diskutiert.

Ziel war, so Weltbankpräsident James Wolfensohn in seiner Begrüßungsrede, Ansätze für die Armutsreduzierung zu identifizieren, mit denen zukünftig lokal, national und im globalen Maßstab der Fortschritt bei der Armutsreduzierung vergrößert werden können, um damit einen Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) zu leisten. Ohne verstärkte Anstrengungen zur Armutsreduzierung seien nicht nur das Leben rd. eines Drittels der Menschheit, sondern Sicherheit und Wohlstand im globalen Maßstab bedroht.

Neben der chinesischen Regierung, in der Eröffnung vertreten durch Premierminister Wen Jiabao, waren verschiedene andere Regierungen, wie Brasilien, Tanzania, Uganda und Bangladesh, sowie multilaterale Organisationen, wie die Asian Development Bank und UNDP, hochrangig repräsentiert. Trotz der Beteiligung von 18 Industriestaaten blieb die Abwesenheit hochrangiger Regierungsvertreter aus den meisten Geberstaaten auffällig. Das im Vordergrund dieser Konferenz stehende Interesse an der Mobilisierung stärkerer politischer und finanzieller Unterstützung für die Millennium Development Goals der VN konnte daher nur bedingt erfüllt werden.

Die Veranstaltung in Shanghai unterstrich jedenfalls erneut die sich gegenwärtig in Ansätzen formierenden neuen Koalitionen von Staaten, die – vielfach motiviert durch ähnliche Interessen in Welthandelsfragen – im internationalen Rahmen deutlich ihre Stimmen erheben und dabei auch die Konfrontation mit der westlichen Allianz nicht scheuen. So zogen sich als ein

roter Faden insbesondere die Kritik an der gegenwärtigen Ausgestaltung der Regeln des Welthandels und die Kritik an einem vorrangigen Sicherheitsinteresse der Industriestaaten, das zu einer Vernachlässigung des Themas Armutsreduzierung führe, durch die gesamte Veranstaltung. Lula da Silvas Bemerkung, dass "wir es nicht zulassen können, dass in einigen entwickelten Ländern Kühe mit 2 US\$ pro Tag subventioniert werden, während die Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als einem Dollar überleben müsse", hatte schon früh eine weitverbreitete Einschätzung auf den Punkt gebracht.

Auch die zum Abschluss der Veranstaltung präsentierte "Shanghai Agenda on Poverty Reduction" thematisierte in ihren Forderungen an die Verantwortungsträger in Entwicklungsländern, an die Geberstaaten und die internationalen Organisationen explizit ein offeneres und ausgeglichenes Welthandelssystem, das sowohl als Motor für Wachstum für Armutsreduzierung diene und unverzichtbar für die Erreichung der MDGs sei.

Bzgl. der Realisierungschancen bleibt die "Shanghai Agenda" allerdings eher skeptisch und konstatiert, dass bei Fortsetzung der gegenwärtigen Trends in den meisten Entwicklungsländern die MDGs wohl nicht erreicht werden können. Solange es nicht gelingt, den in seinen Eckpunkten festgelegten Politikrahmen (Ergebnisse des Millennium Gipfel der VN, von Monterrey und Johannesburg) mit Leben zu erfüllen oder ihn durch innovative Politikansätze zu erweitern, ist die erhoffte weltweite Armutshalbierung bis 2015 realistischer Weise wohl nicht zu erwarten.

War es erkennbares Anliegen der Weltbank, sich als eine dem Thema "Armutsreduzierung" verpflichtete, dabei konzeptionell offene und dem Gedanken der "Ownership" der Partnerregierung verpflichtete Organisation darzustellen, so war die chinesische Regierung darum bemüht, vor allem die Erfolge ihrer Armutspolitik darzustellen. Für die Weltbank, die in der Ära Wolfensohn Armutsreduzierung zu ihrem zentralen Thema erklärt hat, ist dieser Erfolg in ihrem wichtigsten Partnerland unverzichtbar. Zudem sähe die Bilanz der MDG-Erreichung ohne die statistisch deutlich zu Buche schlagenden Erfolge in China (und Indien) wesentlich schlechter aus. So ist der Rückgang des Anteils der Menschen, die in Entwicklungsländern von weniger als 1 US\$ am Tag leben, von 40% (1984) auf rd. 21% (2004) zu einem großen Teil der Reduzierung der Zahl der statistisch als arm erfassten chinesischen Bauern zu verdanken. Die Wahl Shanghais als Konferenzort für diese Weltbank-Tagung erschien daher – trotz der international nicht unumstrittenen chinesischen Armutsreduzierungsstrategie und unterschiedlicher Armutsindikatoren von Weltbank und chinesischer Regierung – als angemessen.

Aus Sicht der chinesischen Regierung bescherte die Konferenz internationale Anerkennung für die Anstrengungen der Armutsreduzierungspolitik, die reklamiert, seit 1981 die Zahl der chinesischen Armen um 400 Millionen reduziert zu haben. Erkennbar waren die chinesischen Regierungsvertreter darum bemüht, ihr politisches Engagement für die Armen in den ländlichen Regionen Chinas zu betonen. Die durch Unternehmensreform und Binnenmigration wachsenden städtischen Armutsprobleme und die daraus resultierenden politischen und sozialen Spannungen in chinesischen Großstädten stellten kein Thema der Veranstaltung dar. Ebenso wenig wie das weltweit einmalige Tempo der Verschärfung von Einkommensdisparitäten, das mit den beeindruckenden Wirtschaftswachstumserfolgen der letzten Jahre in China einhergeht. Positiv zu registrieren war allerdings die Bereitschaft nicht nur der Vertreter der Weltbank, sondern auch der der chinesischen Regierung, sich auch unangenehmen Fragen, wie bspw. der Korruption im Umfeld von Armutsprojekten, nicht zu verweigern.

In Zusammenhang mit der Konferenz wurde eine Reihe von Abkommen zur chinesischen Entwicklungszusammenarbeit unterschrieben: So wurden ein 500-Millionen-US\$-Kredit der Asian Development Bank als Teilfinanzierung einer geplanten Ost-West-Eisenbahntrasse durch Zentralchina, ein "Armutszusammenarbeitszentrum" mit UNDP sowie eine Zuwendung in Höhe von 76 Mio. US\$ für chinesische NGOs im Bereich Armutsbekämpfung neu unterzeichnet. Gleichzeitig unterstrich die chinesische Regierung ihre eigene Bereitschaft zum regionalen Engagement durch die Bereitstellung eines 20-Millionen-US\$-Fonds für die Asian Development Bank.

Für die meisten Konferenzteilnehmer hat die glitzernde Silhouette des in den letzten 10 Jahren aus dem Boden gestampften Shanghaier Stadtteils Pudong eindrucksvoll Tempo und Qualität des Wirtschaftswachstums in diesem Teil Chinas illustriert. Darüber hinaus ist es den Veranstaltern durch eine reibungslose Organisation der Konferenz, die unter Verwendung modernster Technik im neuen internationalen Konferenzzentrum zu Füßen des Pearl Tower stattfand, mit Sicherheit gelungen, Shanghai einen Platz im Kreis der Mitbewerber zur Durchführung wichtiger internationaler Tagungen zu sichern.

Ina Dettmann-Busch

Internationaler Workshop "Aus der Geschichte lernen – Ein transkontinentaler Blick auf die Geschichte Deutschlands im 19./20. Jh. und die Relevanz dieser Erfahrungen für das heutige China"

Brühl, 1.-3. Juli 2004

Organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpB) fand vom 1. bis 3. Juli 2004 im KonferenzCentrum Brühl ein internationaler Workshop zu o.a. Thema statt, zu dem namhafte Sozialwissenschaftler aus der Volksrepublik China, deutsche Historiker, deutsche China-Wissenschaftler und Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung geladen waren. Seit einiger Zeit bereits veranstaltet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Shanghai unter der Leitung von Dr. Stefan Friedrich Gesprächskreise zur chinesischen Reformpolitik. Hier bekundeten die teilnehmenden chinesischen Wissenschaftler ihr Interesse an einer intensiven Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte, wobei die Frage nach der Relevanz deutscher Erfahrungen für die gegenwärtige chinesische Reformpolitik den Fokus bildete.

Vier Vorträge deutscher Historiker über mögliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jh. bildeten den ersten Themenschwerpunkt. Prof. Dr. Dieter Langewiesche (Historisches Seminar der Universität Tübingen) ging in seinem Vortrag über "Refombewegungen und autokratische Herrschaft als Grundlagen für den Aufstieg Deutschlands im 19. Jh." zunächst auf den föderativen Grundzug der deutschen Geschichte ein. In seinem Vortrag mit dem Titel "Zwischen 'Staatskunst' und 'Kriegshandwerk': Das Problem des Militarismus im deutschen Kaiserreich 1871-1914" charakterisierte Dr. Ulrich Lappenküper (Historischen Seminar der Universität Bonn) die Armee im deutschen Kaiserreich als einen Staat im Staate und als das damalige Kernelement der deutschen Gesellschaft. Prof. Dr. Langewiesche widmete sich im Folgenden dem Urbanisierungsprozess und der Binnenmigration im Deutschland des ausgehenden 19. Jh. "Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist ohne die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik nicht vorstellbar." So lautete die Kernaussage des Vortrages des stellvertretenden Direktors des Instituts für Zeitgeschichte in München, Prof. Dr. Udo Wengst. Dem Verlangen nach einem intensiven Dialog zwischen den Wissenschaftlern aus China und Deutschland trugen